

LINKEZEITEN

Ausgabe # 5: April 2008

Mitgliederzeitung für **DIE LINKE.KÖLN**

Die Reichen werden immer reicher!

Von Hans Günter Bell, Sprecher der LINKEN Köln

DIE LINKE setzt sich bekanntlich für eine deutliche Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede ein. Wie wichtig eine solche Forderung ist, belegt ein Blick in die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Forbes“, die wieder einmal eine aktuelle Liste der Superreichen veröffentlicht hat: Auf Platz 1 steht erstmals seit langer Zeit nicht mehr Bill Gates, Mitgründer des Softwarekonzerns Microsoft, sondern der Investor Warren Buffet. Zu den beiden gesellt sich als Dritter der mexikanische Unternehmer Carlos Slim Helu. Alle drei haben ein Vermögen von jeweils etwa 60 Mrd. Dollar. Die beiden reichsten Deutsche, Karl und Theo Albrecht (Aldi), haben demgegenüber ‚nur‘ ein Vermögen von 27 Mrd. bzw. 23 Mrd. Dollar.

Die Einkommensungleichheit hat zugenommen

„Die Reichen werden immer reicher“ ist nicht einfach platte Agitation, sondern empirisch belegte Wirklichkeit in einem Land, das gleich-

zeitig seine Armen und Arbeitslosen materiell so knapp hält, dass es ihnen am Nötigsten fehlt.

Die Dramatik dieser Entwicklung wird bspw. in zwei Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) deutlich. Am 5. März 2008 veröffentlichte das DIW eine Studie zur Entwick-

lung der Einkommen in Deutschland (bedarfsgewichtete verfügbare Jahreseinkommen der Personen in privaten Haushalten [1]).

Demnach sind die verfügbaren Realeinkommen in Deutschland von 2003 bis 2006 deutlich zurückgegangen und hat die Einkommensungleichheit zugenommen.

Die Fortsetzung von „Die Reichen werden immer reicher!“ ist auf Seite 2!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur nächsten

Kreismitgliederversammlung

am Dienstag, 01. April 2008, 19:00 Uhr,
Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48, 50677 Köln,
Köln-Südstadt, KVB-Haltestelle „Chlodwigplatz“.

Folgende Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Begrüßung, Wahl einer Versammlungsleitung
2. Beschlussfassung über die Tages- und Geschäftsordnung, Wahl einer Mandatsprüfungskommission
3. Information über den städtischen Haushalt (Vortrag der Ratsfraktion)
4. Beratung zur Verbesserung von Umfang und Qualität der Befassung der LINKEN Köln mit kommunalen Fragen
5. Weitere Anträge
6. Berichte, unter anderem zum Thema „Sozialtarife für Strom / Gas“

Mit solidarischen Grüßen, für den Kreisvorstand

Hans Günter Bell (Sprecher)
Claudia Borchard (Sprecherin)

Impressum

Hg.: DIE LINKE. im Kreisverband Köln.

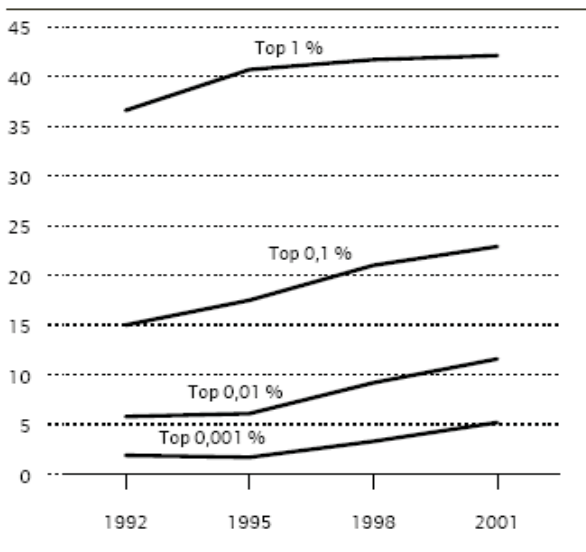
Redaktion: K. Bozay, D. Hornung, J. Jikeli, A. Kostolnik, A. Link-Wilden, M. Nees, A. Recht, M. Zorn.

Layout: A. Recht, J. Jikeli; Auflage: 670 Exemplare.

V. i. S. d. P.: Hans Günter Bell und Claudia Borchard, c/o DIE LINKE. im Kreisverband Köln, Metzger Straße 24, 50677 Köln.

Löhne und Gehälter bei Spitzenverdienern

Anteile in %



Quellen: Einkommensteuerstatistik; SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Löhne und Gehälter bei Spitzenverdienern, Quelle: DIW-Wochenbericht 13/2007, S. 198.

Während die Bevölkerungsgruppe mit mittleren Einkommen schrumpft, haben die Ränder der Einkommensverteilung an Bedeutung gewonnen. Der Anteil der „armutsgefährdeten Personen“ (mit Einkommen bis 70 Prozent des mittleren Einkommens) ist ebenso deutlich gewachsen wie der Anteil der einkommensstarken Personen (mit Einkommen über 150 Prozent des mittleren Einkommens).

In der „Einkommensmittelschicht“ zeigen sich größere Veränderungen, dabei überwiegen Bewegungen nach unten. Das wird unter anderem durch zunehmende Risiken und längere Dauer von Arbeitslosigkeit sowie die niedrigeren Lohnersatzleistungen beim Bezug von Arbeitslosengeld II erklärt. Ein anderer Faktor ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die sich unter anderem in einer abnehmenden Bedeutung des ‚klassischen‘ Normalarbeitsverhältnisses (im Sinne einer unbefristeten Vollzeitstelle) ausdrückt.

Reale Zuwächse nur für Reiche

Aufschlussreich war auch eine Veröffentlichung des DIW vor knapp einem Jahr. Untersucht wurde damals die Entwicklung und die Konzentration der individuellen Markteinkommen von knapp 64 Mio. in

Deutschland lebenden Personen im Alter von über 20 Jahren sowie Kinder und Jugendliche mit nennenswerten Markteinkommen; dadurch wurde ein seltener Blick auf die Einkommen der Reichen ermöglicht. [2]

Das reale Durchschnittseinkommen blieb über den Beobachtungszeitraum 1992 bis 2001 hinweg konstant, während der Anteil der obersten 10 % am Gesamteinkommen im Beobachtungszeitraum deutlich gestiegen ist. Als Regel gilt: Je reicher die Personen waren, desto größer war ihr Einkommenszuwachs.

So konnten die einkommensstärksten 0,001 % der Bevölkerung (650 Personen) ihren Anteil am gesamten Markteinkommen um ein gutes Drittel (von 0,55 % auf 0,75 %) steigern. Noch beeindruckender ist der Anstieg des Markteinkommens, das auf die obersten 0,0001 % der Einkommensbezieher entfällt. Diese 65 „Superreichen“ steigerten ihren Anteil am gesamten Markteinkommen um 50% (von 0,16 % auf 0,24 %).

Im ‚Club‘ der 650 reichsten Personen betrug das durchschnittliche Markteinkommen rund 15 Mio. Euro. Dies entspricht ungefähr dem 1.500-fachen des mittleren Einkommens. Sollte Die LINKE sich mit ihrer Forderung nach einer Begrenzung der Einkommen auf das 20-fache des Durchschnitts durchsetzen, würde dies für die Reichsten einen herben Einschnitt bedeuten – am Hungertuch würden sie deshalb aber immer noch nicht nagen müssen.

Löhne + Gehälter bei Spitzeneinkommen von geringer Bedeutung

Wie unsinnig eine Beschränkung der Forderung nach Begrenzung der Höchsteinkommen auf die Manager wäre, zeigt ein Blick auf die Quellen der hohen und höchsten Einkommen.

Die Reichen unterscheiden sich von den Durchschnittsbürgern nämlich nicht nur in der Höhe des Einkommens, sondern auch in dessen Zusammensetzung. Die einkommensstärksten 0,001 % der Bevölkerung erzielten im Jahr 2001 nur rund 5 % ihres gesamten Markteinkommens aus Löhnen und Gehältern, während im Durchschnitt der Bevölkerung dieser Anteil mehr als 80 % betrug. Fast 70 % des Markteinkommens der Reichen entfallen auf Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit. Die Vermögenseinkommen haben im Jahr 2001 knapp 27 % zum gesamten Markteinkommen dieser Gruppe beigetragen.

Unter diesen Reichen konnten im Jahr 2001 (nach dem Kriterium der überwiegenden Einkommensart) nur 4 % als Manager, knapp 55 % als Unternehmer und rund 17 % als Rentiers klassifiziert werden.

Die LINKE hat also noch einige zu tun, will sie ihre Forderungen aus den „Programmatischen Eckpunkten“ umsetzen und „für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums [...] sorgen“.

Literatur

[1] Markus M. Grabka / Joachim R. Frick: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?; in: DIW-Wochenbericht 10/2008, S. 101-108.

[2] Stefan Bach / Viktor Steiner: Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche; in: DIW-Wochenbericht 13/2007, S. 193-198. Das hier verwendete Einkommenskonzept ist das auf der Personenebene gemessene Markteinkommen (brutto, vor Steuern und Sozialbeiträgen) mit den drei Komponenten: Lohnneinkommen, Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögenseinkommen. Staatliche Transfers (einschließlich Sozialversicherungsrenten, staatlicher Pensionen sowie Betriebsrenten) wurden nicht einbezogen.

Beide Untersuchungen sind im Internet nachzulesen unter:

<http://www.diw.de>

Schluss mit dem heimlichen Verdienen!

Manager städtischer Betriebe in Köln müssen ihre Gehälter demnächst veröffentlichen – Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ratsfraktion und Partei

Von Jörg Detjen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE Köln

Die Mitgliederversammlung der LINKEN Köln war sich weitgehend einig: Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution für die Begrenzung und die Transparenz von Managergehältern beschlossen. Kurz vorher war die Ratsfraktion aktiv geworden und hatte für die Ratssitzung im März einen Antrag eingebracht, der dasselbe für die Manager städtischer Unternehmen einforderte.

Die Vorgeschichte

Im Sommer letzten Jahres hatte der Rat mit breiter Mehrheit beschlossen, die Vorstände und Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungsunternehmen aufzufordern, ihre Gehälter zu veröffentlichen. Doch diese dachten nicht daran. Als das Anfang 2008 bekannt wurde, schienen die etablierten Parteien das hinzunehmen. Schließlich sind viele Vorstandsmitglieder Christ- oder Sozialdemokraten. Im Finanzausschuss herrschte die Meinung vor: Wenn die nicht wollen, kann man nichts machen.

Die Ratsfraktion DIE LINKE Köln nahm das nicht hin. Sie stellte den Antrag, nur noch Verträge abzuschließen, in denen die Manager sich verpflichten, ihre Bezüge offen zu legen. Außerdem sollte die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten, wie man diese Gehälter nach oben hin begrenzen kann.

Nach einer Pressekonferenz, auf dem die Ratsfraktion ihren Antrag präsentierte und der Sprecher der Kölner LINKEN, Hans Günter Bell, die Parteiresolution bekannt machte, sahen sich SPD und Grüne genötigt zu handeln. Es gab einen Antrag der vier etablierten Parteien SPD, CDU, Grüne und FDP, der unserer ersten Forderung nach Transparenz entsprach. Dieser Antrag erhielt eine überwältigende Mehrheit. Unser Anliegen, Managergehälter künftig zu veröffentlichen, war um-

gesetzt. Unsere zweite Forderung nach der Deckelung der Managergehälter fand keine Mehrheit.

Die Presseberichterstattung

Interessant ist, welche großen Widerhall diese Ratsentscheidung in der Kölner Presse fand. Am 28. Februar informierte die BILD-Zeitung über die bevorstehende Ratsitzung:

„KVB-Chef Reinartz soll Gehalt offen legen – Ratsmehrheit für Vorschläge der Linken“. Sie macht sich dabei mitfühlend Sorgen um den KVB-Geschäftsführer und CDU-Vorsitzenden: „Schlechte Zeiten für Leute wie KVB-Boss Walter Reinartz. Die Verlängerung seines Vertrages steht im Herbst an. Dann müsste er Gehalt, Tantiemen und andere Vergünstigungen offen legen.“ Was für ein Pech für ihn!

Die unklare Mehrheitsbildung in Hessen hat dann erneut die Kölner Situation in die Presse gebracht. Der Express befragte am 07.03. die Parteien im Rat zu ihren Erfahrungen mit der LINKEN unter dem Titel „Rot-Grün-Rot, in Kölle klappt da jot“. SPD und Grüne meinen: „Linke sind verlässlich.“ CDU und FDP sagen dazu: „Ja leider.“ „Verabredungen halten wir ein, wir streiten uns vorher“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen das Geheimnis der Verlässlichkeit.

Dass harte Kämpfe um die eigenen Inhalte am Beginn jeder rot-rot-grünen Verabredung stehen, kommentiert der Grünen-Frakti-

onsgeschäftsführer Jörg Frank in der Kölnischen Rundschau: „Wenn wir zu einem tragbaren Ergebnis kommen, ist der Weg dahin oft mit schwierigen, problematischen Diskussionen gepflastert.“

Dass diese Strategie der LINKEN letztlich der SPD schaden werde, betrauert BILD-Chefkommentator



Veranstaltung mit Frank Überall zum Thema „Managergehälter“ in Ehrenfeld

Alfred Merta am 7. März: „Wie gefährlich diese Strategie für die SPD ist, hat sich am vergangenen Dienstag im Rat gezeigt: Da ging die Initiative zu dem Beschluss, Manager städtischer Unternehmen müssten künftig ihre Gehälter offen legen, eindeutig von den Linken aus.“

Wer mit den Linken zusammen arbeitet, macht sie hoffähig. Und wenn sie so clever und sachkundig sind wie in Köln, wird es ihnen am Ende mehr nutzen als der SPD.“

Eine bessere Werbung dafür, Die LINKE zu wählen, hatten wir bisher noch nicht.

(Re)kommunalisieren!

Von Alex Recht und Gisela Stahlhofen,
Mitglieder der Leitung des Projekts „Öffentlich, weil's wichtig für alle ist“

„Rekommunalisieren!“ ...

... so hieß der Titel einer Veranstaltung, die das Projekt „Öffentlich, weil's wichtig für alle ist“ am 07. März durchführte und die mit etwa 30 Personen gut besucht war. Ausrufe- und Fragezeichen verdeutlichten, dass die am Projekt Beteiligten die Forderung zwar richtig finden, jedoch auch Fragen hatten: Wann ist Rekommunalisierung die Lösung? Unter welchen Bedingungen agieren kommunale Unternehmen? Schließlich: Welche Ziele verfolgen kommunale Unternehmen bzw. sollen sie verfolgen? Um diese Fragen zu klären, waren zwei Leute vom Fach eingeladen.

Dr. Hans-Joachim Peters, Dezernent der Stadt Bergkamen, ist Betriebsleiter der städtischen Müllabfuhr. Diese wird als städtischer Eigenbetrieb geführt, der zwar über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, aber eigenständiges Son-

Müll ...

Peters schilderte, dass es sich bei der Bergkamer Müllabfuhr nicht um Rekommunalisierung, sondern um erstmalige Kommunalisierung handele, da die Müllentsorgung zuvor von privaten Unternehmen betrieben wurde. Die von Peters geschilderten Erfolge, die die Müllabfuhr seit kommunaler Betriebsführung aufweist, sind bemerkenswert: Leistungen konnten gesteigert, Qualität verbessert, Gebühren reduziert werden – und zwar nicht trotz, sondern wegen der Kommunalisierung, da die preistreibenden Gewinnaufschläge bei kostendeckender Betriebsführung entfallen.

Peters legte Wert darauf, sich selbst als „nicht ideologischen Betriebsleiter“ darzustellen, der sich an Zielen wie Kundenorientierung, Qualität und niedrigen Gebühren orientiere. Wo Kommunalisierung diesen Zielen eher genüge, sei diese privater Betriebsführung vorzuziehen, wo es anders sei, eben nicht. Daher halte er ‚privat vor öffentlich‘ für eine genauso falsche Regel wie ‚öffentlich vor privat‘.

... und Wasser

Ähnlich argumentierte Hochbein und betonte, dass es ihm um Kundenorientierung, Qualität und reelle Preise gehe. Dabei agiert die von Hochbein repräsentierte Gelsenwasser AG unter anderen Rahmenbedingungen als die Müllabfuhr Bergkamen. Sie ist nicht regional gebunden, sondern beliefert ihre Leistungen im ganzen Ruhrgebiet und sogar darüber hinaus, z. B. in Kroatien und Frankreich. Überall müsse sich die Gelsenwasser AG mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis behaupten, und dies zu erreichen sei das Ziel, so Hochbein.

Dabei komme gerade im Wasserbereich ökologischen Verfahren hohe Bedeutung zu. Wasser müsse exzellent aufbereitet sein, Leitungs-

rohre müssten eine hinreichende Dicke aufweisen. Ob dies durch private oder öffentliche Unternehmen bewerkstelligt werde, sei wenig erheblich, solange es getan werde. Hierfür sei öffentliche Kontrolle von Bedeutung. Aufsichtsbehörden müssten einzuhaltende Vorgaben machen, und die Kommunen bräuchten stets ein Rückkaufs- oder Vorkaufsrecht für zwischenzeitlich an Private übergebene Leistungsnetze.

Was folgt?

Sowohl Peters als auch Hochbein stellten überzeugend dar, dass Effizienz und öffentliche Betriebsführung – sei es als Eigenbetrieb, sei es als AG mit öffentlichen Anteilseignern – keine Gegensätze darstellen. Denn beide öffentlich eingebundenen Unternehmen bieten gute Leistungen unter Berücksichtigung qualitativer Standards zu Preisen an, die sich nicht den Vorwurf gefallen lassen müssen, unreell und gänzlich unbezahlbar zu sein. So weit – so gut.

Jedoch ist ihre Aussage, man dürfe das Verhältnis von ‚öffentlich‘ zu ‚privat‘ nicht im schlechten Sinne ideologisch betrachten, kritisch zu überprüfen. Dabei ist nicht die Forderung nach Unvoreingenommenheit falsch: Verblendungsideologien sollten tatsächlich kein Merkmal linker Politik sein. Zu kritisieren ist es aber, die Position ‚öffentlich vor privat‘, genauer: ‚öffentlich vor privat-kapitalistisch‘, als im schlechten Sinne ideologisch zu brandmarken. Denn für diese Position gibt es gute Gründe.

Niedrigere Preise

Selbstredend müssen auch kostendeckende öffentliche Unternehmen Verkaufspreise kalkulieren, die über den Einstandspreisen von Vorleistungen und Rohstoffen liegen. Dieser Überschuss ist jedoch kein Reingewinn. Vielmehr dient er dazu, die Zahlung von Fremdkapitalzinsen und Ersatzinvestitionen zu finanzieren und öffentliche ‚Rücklagen‘ für Erweiterungsinvestitionen zu bilden. Anders ist es bei privaten Unternehmen, die noch über diesen Überschuss hin-



dervermögen darstellt und organisatorisch und finanzwirtschaftlich aus der Gemeindeverwaltung ausgegliedert ist. Manfred Hochbein ist Betriebsleiter bei der Gelsenwasser AG, einer in Wasser und Erdgas engagierten AG mit privater Rechtsform, die jedoch den Stadtwerken Dortmund und Bochum gehört.

aus Profit erzielen, dessen einziger Zweck darin liegt, private Aktionäre reicher zu machen. Warum sollte dies bei öffentlicher Daseinsvorsorge sinnvoll sein? Es gibt keinen vernünftigen Grund, und daher ist ,öffentlich vor privat-kapitalistisch' unter diesem Aspekt sinnvoll.

Qualität

Dass hohe Qualität zuweilen auch von kapitalistischen Unternehmen gewährleistet wird, ist nicht zu bestreiten. Kapitalistische Unternehmen garantieren hohe Qualität aber nur dann, wenn sie sich rentiert. Sind die Gewinne zu gering, wird die Qualität reduziert oder werden Preise erhöht – zulasten ärmerer Bevölkerungsgruppen.

Öffentliche Unternehmen hingegen können Qualität liefern und reelle Preise verlangen, weil sie dem Gewinnmaximierungszwang nicht unterworfen sind. Und wenn es doch private Aufgabenerstellung sein soll, braucht es wenigstens öffentliche Auflagen, die einer Einschränkung privater Gewinnmaximierung gleichkommen. Auch hier ist ,öffentlich vor privat-kapitalistisch' sinnvoll. Denn nur so gelingt es, öffentlichen Einfluss z. B. auf gute Müllentsorgung, hinreichend dicke Rohre, hohe Qualität, bezahlbare Preise usw. zu wahren.

Beschäftigungsaspekte und spezielle Angebote

Vollbeschäftigung wird nur erreicht, wenn neben anderer Makroökonomie auch die öffentliche Hand beschäftigungspolitisch aktiv wird. Privat-kapitalistische Unternehmen stellen Arbeitskräfte hingegen der Tendenz nach nur ein, wenn sie hinreichend Profit fürs Unternehmen produzieren. Sozial verantwortliches Unternehmenshandeln gibt es zwar auch, aber dieses soziale Handeln ist im Vergleich zu öffentlichen Betrieben beschränkt.

Kommende Projekt-Veranstaltungen

Treffen der Projekt-AG „Energiepolitik“

Mo., 31. März 2008, 19:00 Uhr, Wahlkreisbüro Ulla Lötzer, Montanusstr. 1.

Treffen der Projekt-AG „ÖPNV und Verkehrspolitik“

Mo., 07. April 08, 19:30 Uhr, LINKES KV-Parteibüro, Metzger Str. 24.

Treffen der Projekt-AG „Wohnungspolitik“ (im AK „Stadtentwicklung“)

Di., 08. April 2008, 16:30 Uhr, Ratsfraktion, Haus Neuerburg, GÜlichplatz. 3.

Infoveranst. der LINKEN Köln zur Vorstellung der Projektergebnisse

06. Mai 2008, 19:30 Uhr, Ort: wird noch bekannt gegeben.

Ähnliches gilt für spezielle Angebote: Die öffentliche Hand ist in der Lage, ärmeren Bevölkerungsgruppen verbilligt Leistungen anzubieten; privat-kapitalistische Unternehmen sind dies nicht. Auch hier gilt: ,öffentlich vor privat-kapitalistisch' ist ein sinnvoller Ansatz.

Fazit

,Öffentlich vor privat-kapitalistisch' ist eine sinnvolle Forderung, denn sie bringt das demokratische Recht der Menschen zum Ausdruck, beim Bereich der elementaren Daseinsvorsorge mitzuzentscheiden. Allerdings hat die Veranstaltung auch neue Fragen aufgeworfen bzw. bestehende verstärkt, denen sich unsere Partei widmen muss.

1.: Wasser- oder Solarenergieproduktion erfolgt sinnvollerweise dezentral. Daraus folgt aber nicht, dass es viele kommunale Unternehmen mit eigener Geschäftsführung geben muss. Möglich wäre auch ein öffentliches Unternehmen auf zentralerer Ebene, das gleichwohl lokal produziert. Für kommunalisierte Unternehmen spricht die lokale Nähe und größere Transparenz, für ein zentraleres öffentliches Unternehmen der Verzicht auf gedoppelte Geschäftsführungstätigkeiten, was preissenkend wirken könnte.

2.: Wie sollen sich kommunale Unternehmen zueinander stellen?

Sollen sie als regionale Verbünde kooperieren, was sinnvoll sein könnte, oder auch partiell gegeneinander konkurrieren?

3.: Was genau heißt ,öffentlich vor privat-kapitalistisch'? Sicher muss es öffentlichen Einfluss geben. Aber wie? Soll dies durch öffentliche Betriebe erfolgen, oder genügen öffentliche Auflagen? Gegen Letzteres spricht, dass nicht einzu- sehen ist, warum überhaupt private Leistungserstellung bei elementarer Daseinsvorsorge vorteilhaft ist.

4.: Sollen öffentliche Unternehmen als Eigenbetriebe oder unter privater Rechtsform geführt werden? Je stärker die Eingliederung in die Verwaltung, desto größer ist der politische Einfluss. Andererseits ist auch das Erfordernis nach effizienten wirtschaftlichen Betätigungsformen zu beachten, das nicht immer mit Amtshandeln kompatibel ist.

5.: Wenn ärmeren Menschen Leistungen ermöglicht werden sollen, die sie ohne öffentlichen Einfluss nicht zahlen könnten, stellt sich die Frage nach dem Weg. Sollen die öffentlichen Unternehmen Sozialtarife anbieten, oder soll die öffentliche Hand über sozialpolitische Leistungen das verfügbare Einkommen gering verdienender Einkommensgruppen direkt bezuschussen und erhöhen?



Gleichberechtigung und Partizipation als Handlungsfelder linker Kommunalpolitik

Von Kemal Bozay,
Mitglied der Leitung des Projekts „Für ein interkulturelles Köln“

Wenn Integration und Partizipation in den Kommunen Erfolg zeigen sollen, müssen sie auch als zentrale Querschnittsaufgabe verstanden und ganz oben angesiedelt werden. Die Basis für das Funktionieren einer linken kommunalen Integrationsarbeit ist zweifelsfrei eine Politik der wechselseitigen Akzeptanz und Anerkennung auf der Grundlage einer demokratischen Teilhabe und Chancengleichheit.

Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung in Köln haben gegenwärtig einen Migrationshintergrund. Vor allem sind es die ehemals als so

genannte „Gastarbeiter“ angeworbenen Menschen und ihre nachgezogenen Familien, größtenteils auch ihre hier geborenen und aufgewachsenen Kinder, Flüchtlinge, Roma und Sinti, jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler.

Den größten Anteil der Zuwanderer in Köln bilden Türken und Kurden, die bereits in der zweiten und dritten Generation in dieser Stadt ihren Lebensmittelpunkt haben. Die seit ca. 50 Jahren andauernde Einwanderungspraxis hat nichts daran geändert, dass große Teile der MigrantInnen und ihrer Kinder nicht nur politisch und rechtlich, sondern auch ökonomisch und sozial Wohn- und Wirtschaftsbürger „zweiter Klasse“ geblieben sind. Dies spiegelt sich vor allem in der Bildungssituation wider:

Fast ein Drittel der Kölner Jugendlichen in der entscheidenden Altersphase, in der der Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Berufswahl anstehen, sind jugendliche MigrantInnen. Bei den unter 18-jährigen beträgt dieser Anteil sogar 46 Prozent.

Diese demographische Entwicklung zeigt, dass durch juristische und politische Rahmenbedingungen der Integration, die immer noch nicht auf der Grundlage von Chancengleichheit aufgebaut sind, große Teile der Bevölkerung von politischer und sozialer Teilhabe ausgeschlossen sind.

Deshalb werden im Rahmen kommunalpolitischer Prozesse konkrete Schritte benötigt, die als Querschnittsaufgabe in soziale, bildungspolitische, stadtentwicklungspolitische, wirtschaftspolitische u. a. Bereiche greifen müssen.

Linke Einwanderungsphilosophie

Vorerst brauchen wir in den Kommunen eine neue Einwanderungsphilosophie:

Linke Kommunalpolitik darf Migration und Integration nicht allein mit Defizitaspekten begründen, sondern muss in allen kommunalpolitischen Ebenen ebenso die Potenziale und Stärken der Migrationsgesellschaft aufzeigen und zugleich darauf aufbauen.

MigrantInnen sind in kommunalpolitischen Prozessen nicht Objekte, sondern müssen vielmehr als gesellschaftliche Subjekte angesehen werden, die auch an den gesellschaftlichen Prozessen gleichberechtigt partizipieren müssen. Damit Integration erfolgreich ist, müssen die einzelnen Handlungsfelder stärker miteinander vernetzt werden. Zur Neuausrichtung kommunaler Integrationspolitik gehört auch eine neue Personalpolitik, die interkulturell ausgerichtet sein muss.

Kritik bisheriger Konzepte

In den letzten Jahren haben viele nordrhein-westfälische Kommunen (Köln, Aachen, Bonn, Duisburg, Essen u. a.) den Versuch unternommen, kommunalpolitische Integrationskonzepte zu entwickeln, die jedoch in manchen zentralen Bereichen zu kurz greifen.

Diese Konzepte, wie auch das Integrationskonzept des Landesintegrationsministeriums, gehen häufig an der Realität vorbei, weil sie an MigrantInnen und ihren Selbsthilfestrukturen sowie an den Akteuren

Flyer der LAGA-Kampagne für ein kommunales Wahlrecht für MigrantInnen



vorbegehen. Hinzu kommt, dass in den (politischen) Debatten der Integrationsbegriff häufig kulturalisiert und allein mit sozialpädagogischen Aspekten begründet wird, während der gesamtgesellschaftliche, politische und sozioökonomische Kontext ausgeblendet bleibt.

Für interkulturelle Öffnung!

In diesem Kontext spielt auch die interkulturelle Öffnung eine wichtige Rolle. Die Verwaltungen und kommunalen Dienste müssen sich stärker für MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund öffnen. Ein zentrales Ziel dabei ist, dass sich MigrantInnen mit ihren besonderen sprachlichen und kulturellen Fähigkeiten einbringen können. So sollte bei Einstellungen und Ausbildungsplatzvermittlungen in städtischen Verwaltungen und Arbeitsbereichen der interkulturelle Fokus mehr an Bedeutung gewinnen.

In Köln haben sowohl die SPD als auch die CDU auf kommunaler Ebene „modellhafte“ Integrationskonzepte vorgelegt, die in ihrer allgemeinen Ausrichtung die vielfältigen Probleme der MigrantInnen differenziert aufzeigen, aber in der Frage der integrationspolitischen Umsetzung große Defizite aufweisen.

Ausgeblendet wird in allen vorgelegten Konzepten die Realität des Umdenkungsprozesses in der Migrationsdiskussion. Ein interkulturelles Referat der Stadt Köln reicht allein nicht aus, alle kommunalpolitischen Fragen als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen. Vor allem liegt ein wichtiger Arbeitsbereich in einer konstruktiven Stadtentwicklungspolitik, die sich gegen die soziale Segregation und Spaltung stellen muss.

Kölner LINKE für Partizipation

Die Kölner LINKE hat seit Beginn ihrer Arbeit einen wichtigen Fokus auf kommunale Integrations- und Migrationsarbeit gesetzt. Unter dem Motto „Für ein interkulturelles Köln“ hat sie Anfang dieses Jahres ein neues Projekt gestartet, um neue Inhalte und Perspektiven für eine kommunal ausgerichtete LINKE Migrationspolitik in Köln zu

entwickeln, der auch von und mit MigrantInnen getragen wird.

Im Rahmen der Projektarbeit werden viele integrationspolitische Fragen der Kölner Migrationsarbeit (Sozialraumorientierung, Moscheedebatte, Entwicklungen in Kalk, Jugendkriminalität, Ausbildungsinitiativen, Ethnisierungsdebatten usw.) aufgegriffen und diskutiert.

Zweifellos benötigt der wachsende Problemdruck in Köln – bspw. Arbeitslosigkeit, Sozial- und Bildungsnotstand, soziale und kulturelle Ausgrenzung – eine parteiische Initiative, der auch auf MigrantInnen und ihre Strukturen zugehen und ihre Forderungen aufnehmen muss.

Förderung von Gleichstellung

Dabei geht es um die Förderung der Partizipation von MigrantInnen als Verwirklichung ihrer rechtlichen und politischen Gleichstellung, Gleichberechtigung und -behandlung durch die Beseitigung jeglicher Diskriminierung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Bei diesen Prozessen sind MigrantInnen aktiv einzubinden.

In diesem Sinne hat unser Projekt als ersten Schritt auf die landesweite Kampagne „Hier wo ich lebe, will ich wählen – Kommunales Wahlrecht für MigrantInnen!“ aufgebaut, an der wir als Kölner LINKE mit Flyern, Ständen und Öffentlichkeitsarbeit aktiv beteiligt waren.

Als weiterer Schritt sind Gespräche und Diskussionen mit Migrationsverbänden und schließlich im Mai eine Auftaktkonferenz (politischer Ratschlag) für eine linke kommunale Integrationspolitik geplant, in der wir unterschiedliche Facetten der gegenwärtigen Migrationspolitik auf Kölner Ebene aufgreifen und ausloten wollen.

Darauf aufbauend wollen wir linke migrantische Impulse für das Kommunalwahlprogramm aufgreifen. Weiterhin wollen wir als Projektgruppe auch aktiv an der seitens der Stadt Köln geplanten Arbeitstreffen für ein kommunales Integrationskonzept mitwirken.

Für uns als LINKE gibt es auf diesem Gebiet noch viel zu tun, deshalb sind alle Interessierten herzlich zu den Treffen und Aktivitäten des Projekts eingeladen.

Projektleitung

Kemal Bozay, Tel.: 0171 – 143 33 72, Mail: kbozay@aol.com

Martin Zorn, Tel.: 0177 – 625 67 10, Mail: martin-zorn@netcologne.de

Claudia Borchard, Tel.: 0177 – 524 36 04, Mail: c_borchard@yahoo.de

Özlem Demirel, Tel.: 0163 – 759 28 12, Mail: oezlemalevd@yahoo.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zu einer

Infoveranstaltung zum Thema „Subprime- und Finanzkrise“

am Dienstag, 08. April 2008, 19:30 Uhr,

Bezirksrathaus Köln-Mülheim, Wiener Platz 2a, 51065 Köln,

Köln-Mülheim, KVB-Haltestelle „Mülheim / Wiener Platz“, mit:

- Frank Fassin, verdi-Landesfachbereichsleiter „Finanzdienstleistungen“;
- Ulla Lötzer, MdB für Die LINKE;
- Rüdiger Sagel, MdL für Die LINKE.;
- Sahra Wagenknecht, MdEP für die Vereinte Europäische Linke.

Endlich mehr Steuern!

Von Astrid Kraus, Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN Köln

Steuern in Deutschland

Das Auffliegen der systematischen Steuerhinterziehungen hat die Debatte um den Zustand des Steuersystems in Deutschland wieder heftig belebt. Auch wenn sich nun alle heftig entrüstet zeigen und laut „Haltet den Dieb“ schreien, so wird doch – entweder offen oder hinter vorgehaltener Hand – ein Teil der Schuld nicht den Betrügern angelastet, sondern dem deutschen Steuersystem selbst.

Ungerecht sei es, weil es den „Leistungseliten“ viel zu viel Steuern abknöpfe, um die „Drückeberger“ zu subventionieren, und außerdem viel zu kompliziert. So sei es kein Wunder, dass die Akzeptanz sinke und der mündige Bürger zur Selbsthilfe schreite. Neben härteren Strafen müsse also als eine Art präventiver Maßnahme auch das Steuersystem grundsätzlich überdacht werden. Einfacher und gerechter solle es sein, und unbedingt müssten die Steuersätze sinken, damit der Anreiz zum Hinterziehen geringer werde.

Diese defensive Argumentation ist schon recht bemerkenswert: Kein Wort von der Bedeutung öffentlicher Leistungen an sich und zu den notwendigen Anstrengungen ihrer Verbesserung. Keine Stellungnahme dazu, dass eine gute öffentliche Versorgung ohne konsequente Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit überhaupt nicht möglich ist. Es ist vielmehr so, als schämte sich die Politik geradezu, immer noch Steuern eintreiben zu müssen, und wolle sie den Bürgern keineswegs zu nahe treten. Klammheimlich zeigt sie bei aller lauten Empörung sogar Verständnis dafür, dass sich immer mehr Menschen der erzwungenen staatlichen Fürsorge entziehen möchten.

Mythen und Fakten

Zur Untermauerung der Steuerungerechtigkeit werden die immergleichen Argumente angeführt,

die sich trotz ihres geringen Wahrheitsgehaltes hartnäckig halten: Wohl zu den am weitesten verbreiteten Vorurteilen gehört jenes vom Hochsteuerland Deutschland, und zwar sowohl für natürliche Personen, also echte Menschen, als auch für Kapitalgesellschaften, das heißt AGn und GmbHs.

Steuern für natürliche Personen

Fakt ist: Für natürliche Menschen liegt der Spitzensteuersatz in

Spitzensteuersätze in Europa, aus: http://www.slc-europe.com/xist4c/web/flat-tax-europa_id_16181_.htm

Staat	Steuersatz
Dänemark	59,0 %
Schweden	56,5 %
Belgien	53,5 %
Niederlande	52,0 %
Finnland	50,7 %
Österreich	50,0 %
Slowenien	50,0 %
Frankreich	48,0 %
Deutschland	47,5 %
Italien	44,2 %
Spanien	43,0 %
Irland	41,0 %
Griechenland	40,0 %
Großbritannien	40,0 %
Portugal	40,0 %
Polen	40,0 %
Luxemburg	39,0 %
Ungarn	36,0 %
Malta	35,0 %
Zypern	30,0 %
Lettland	25,0 % FLAT
Litauen	24,0 % FLAT
Estland	21,0 % FLAT
Slowakei	19,0 % FLAT
Rumänien	16,0 % FLAT
Tschechien	15,0 % FLAT
Bulgarien	10,0 % FLAT

Deutschland derzeit bei 42% (ohne Solidaritätszuschlag!), er greift ab einem Einkommen von 52.152 €, ab 250.000 € kommt dann die Reichensteuer mit einem Steuersatz von 45%. Für 2008 liegt Deutschland – einschließlich Solidaritätszuschlag – bei den Spitzensteuersätzen im europäischen Mittelfeld, sieht man von den Niedrigsteuersätzen der Staaten im Osten einmal ab.

Allerdings sagen diese Zahlen wenig über die tatsächliche Steuerzahlung aus: Der Spitzensteuersatz gilt nur für jeden Euro, der über dem Spitzeneinkommen liegt. Das Einkommen darunter wird mit dem jeweils für dieses Einkommen gültigen Grenzsteuersatz besteuert.

Jemand, der ein Einkommen von 260.000 € hat, zahlt also darauf im Durchschnitt nicht 45%, sondern nur 39,1%. Erhält die Person ausschließlich Dividenden, Zinsen oder Aktiengewinne, zahlt sie – unabhängig von der Höhe des Einkommens – ab 2009 darauf immer nur einen Steuersatz von 25%. Zum Vergleich: In Österreich zahlt der Steuerpflichtige bei gleichem Einkommen 46,8%, in Schweden sogar rd. 52%, Deutschland ist also von einem Hochsteuerland weit entfernt.

Steuern für Kapitalgesellschaften

Was die Kapitalgesellschaften angeht: Die steuerliche Gesamtbelastung des Steuergewinns liegt für Gewinne von AGs und GmbHs bei rd. 39%. Damit liegt Deutschland zwar nach der nominalen Belastung in Europa an der Spitze – auf ähnlichem Niveau wie die USA und Japan. Die Aussagekraft der Höhe der Steuersätze ist aber wiederum recht gering: Entscheidend ist, auf welchen Gewinn diese Steuersätze angewendet werden.

Hier ist das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) in einer Untersuchung von 2007 (DIW-Wochenbericht Nr. 5/2007, S. 57 ff) zu interessanten Ergebnissen gekommen und hat in einer Modellrechnung die Steuern auf die Gewinne der Kapitalgesellschaften gerechnet, die sich nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben.

Unternehmensteuern im internationalen Vergleich¹

In % des Bruttoinlandsprodukts²

	1992	1995	1998	2000	2001	2002	2003	2004
OECD insgesamt	2,4	2,8	3,2	3,7	3,4	3,3	3,3	3,4
EU-15	2,2	2,6	3,4	3,8	3,5	3,4	3,1	3,2
USA	2,3	2,9	2,8	2,6	1,9	1,8	2,0	2,2
Japan	4,9	4,3	3,8	3,7	3,5	3,2	3,4	3,8
Deutschland	1,5	1,0	1,6	1,8	0,6	1,0	1,3	1,6
<i>Zum Vergleich:</i>								
Deutschland einschließlich Personengesellschaften ³	2,8	2,5	3,0	-	2,2	-	-	-

1 Kassenaufkommen von Kapitalgesellschaften nach OECD Revenue Statistics.

2 Ungewichteter Durchschnitt.

3 Nach deutscher Steuerstatistik, vgl. Tabelle 2.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Verhältnis von Unternehmensteuern zum BIP im internationalen Vergleich, Quelle: DIW-Wochenbericht 5/2007, S. 62.

Die so berechneten Steuern lagen um rd. 100 Mrd. Euro höher als die tatsächlich bezahlten Körperschaftsteuern! Außerdem liegen in Deutschland die Unternehmenssteuern relativ zum Bruttosozialprodukt ganz weit hinten.

Was das heißt, liegt auf der Hand: Für die Besteuerung dürfen Gewinne klein gerechnet werden. Eine solch großzügige Kleinrechnung ist in anderen Ländern nicht möglich, so dass de facto die Steuerbelastung in Deutschland vergleichsweise gering ist.

Steuerbelastung auf Kapitalgesellschaften wie AGen oder GmbH in Europa, Quelle: KPMG.



Noch kurz zu einem zweiten Märchen: Das DIW hat in einer Studie ermittelt, dass die obersten 10% der Einkommensteuerbezieher 55% der Einkommensteuern bezahlen. Das wird nun als ungerecht gebrandmarkt. Was aber gerne verschwiegen wird:

Ebenfalls ermittelt wurde in dieser Studie, dass die tatsächliche, durchschnittliche Steuerbelastung der oberen 10% gerade mal bei 22% liegt, also sehr weit vom Spitzensteuersatz entfernt. Und was auch nicht erwähnt wird:

Nicht die ungleiche Steuerverteilung, sondern die ungleiche Einkommensverteilung, auf die Hans Günter Bell in dieser Ausgabe näher eingeht, ist ungerecht, und dagegen gilt es vorzugehen!

Fazit

Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken in der Steuerdebatte: Das heißt: Weg von einer Diskussion, in der Steuern als lästiges Übel zur Finanzierung eines gierigen und unnötigen Staatsapparates geißelt werden. Im Vordergrund stehen muss die Notwendigkeit eines guten und flächendeckenden öffentlichen Angebotes, zu dessen Finanzierung jeder nach seiner Leistungsfähigkeit beitragen muss.

Das heißt: Höhere Steuern für höhere Gewinne und Einkommen und entschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Steuerwettbewerbs und der Steuerflucht. Wer mehr zu den Positionen der LINKEN wissen möchte, sei auf die Bundestagsdrucksache 16/8013 verwiesen, in der die LINKE eine Anfrage zu den Möglichkeiten der Eindämmung von Steuerplanungsmodellen gestellt hat, siehe:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/080/1608013.pdf>



Attac-Aktion zur Schließung von Steuroasen, unter anderem jener in Liechtenstein, Foto: mediastarter/CreativeCommons BY SA 2.0 DE

Zumwinkel + die Millionen!

Von Thorsten Poremba

Klaus Zumwinkel (64), Chef der Post seit 18 Jahren, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Telekom, wurde von der Presse vor einiger Zeit eine „fast langweilige Seriosität“ bescheinigt. Wie lächerlich falsch diese Einschätzung war, zeigt sich nun.

Plötzlich stand dem biederen Boss eine kleine Armee an Steuerfahndern vor der Haustür. Er soll mit Hilfe einer unechten Liechtensteiner Stiftung über fast 20 Jahre mehrere Millionen am Finanzamt vorbei geschleust haben.

Nach kurzer Vernehmung bei der zuständigen Bochumer Staatsanwaltschaft konnte Zumwinkel dann erstmal wieder in Ruhe nach Hause fahren. Er sei ja kooperativ und leite Geld wieder zurück.

Nun soll er wohl insgesamt 4 Millionen Euro an das Finanzamt Köln zurückzahlen, Zinsen und Geldstrafe schon inklusive.

Warum das?

Da der Post-Boss schon legal Millionen verdiente, fragt man sich, warum er so was nötig hatte. Der Schauspieler und Kabarettist Jochen Busse hat das schön umschrieben:

„Da verselbständigt sich was. Verbrauchen könnte er ja die Millionen nicht. Da denkt er sich: Ackermann hat das Vierfache, legal komm ich da nicht hin. Also an der Steuer vorbei!“

Die Minister Glos (Wirtschaft) und Steinbrück (Finanzen) sehen die Glaubwürdigkeit der sozialen Marktwirtschaft in Gefahr. Glaubwürdig? Sozial?

Mittlerweile sind fast 1.000 ähnliche Fälle anhängig. Aber es soll kein DAX-Manager mehr dabei sein. Wie beruhigend!

Letztlich flossen ca. 4,2 Millionen aus irgendwelchen BND-Töpfen an „einen geheimen Informanten“ für eine CD-Rom mit Steuersünderdaten aus Liechtenstein, die zurückgehen bis 1977 (!) – mit Zustimmung von Peer Steinbrück, der angeblich aber keine Details weiß.

Der BND informiert dann doch mal das Parlament irgendwann. Wegen des Verdachts des unseriösen Vorgehens des Bundesnachrichtendienstes befasst sich mittlerweile schon das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) mit ihm.

Also auch ein ziemlich unangenehmer Beigeschmack auf der anderen Seite.

Zustand der Partei!

Oder: Wie wir uns lächerlich machen

Von Jörg Gauder

Ich komme gleich zur Sache: Seit geraumer Zeit frage ich mich, in welchem Zustand Die LINKE in Köln sich befindet. Mit Sorge beobachte ich unsägliche Tendenzen, die ich im Folgenden beispielhaft darlegen möchte:

Erstens: Am 15. Dezember 2007 nahm ich an einem Seminar zur Grundlagenschulung im Bürgerhaus Stollwerk teil, das von der Partei organisiert wurde. Inhalte der Schulung waren drei Module zum Thema „Öffentlich investieren statt privatisieren“.

Schon während des ersten Moduls mit dem Titel „Warum ist öffentlich wichtig?“ habe mich gefühlt, als wäre ich in einer Kaderschulung der SED und steige der alte Karl Marx gleich aus seinem Grab und verkünde den Anfang der kommunistischen Revolution. Warum war mir so?

Nun, Form und Darstellung des Vortrages der beiden Referenten erinnerten mich sehr stark an die sogenannte „methodische Dialektik“ der Philosophie von Karl Marx. Mensch Leute, Marx lebt schon lange nicht mehr, und seine Theorie ist in der Praxis gescheitert!

Zweitens: Dann kam im Januar 2008 der unsägliche Beschluss des Landesvorstandes zu Aktionsvorschlägen zum Thema „Hartz IV“. Der Landesvorstand wollte doch tatsächlich eine Busfahrt (Butterfahrt) zu den Wohnorten der Reichen organisieren. Was sollte damit erreicht werden?

Meines Erachtens doch nur eines, nämlich das öffentliche Anprangern von reichen Menschen und das Schüren von Neid, frei nach dem Motto „Schaut Euch die Reichen an, Ihr armen Säcke – die sind Schuld an Eurer Misere!“ Was für eine unsägliche und schwachsinnige Idee!

Hat der Landensvorstand denn noch nie davon gehört, dass Neid der Bruder des Hasses ist und dass Hass unwillkürlich die Bereitschaft zum Töten relativiert? Die Erklärung von Reichtum und Armut ist aber wesentlich komplexer und bedarf einer genauen gesellschaftlichen Bestandsaufnahme und Analyse und keiner – unreflektierten – Neiddebatte.

Drittens: Als nächstes Beispiel nenne ich den Antrag an die Mitgliederversammlung zum Thema „Managergehälter“, der in der letzten Ausgabe der „LinkeZeiten“ abgedruckt ist.

Da fordern die AutorInnen neben der Kritik an der Höhe von Managergehältern – die ich ausdrücklich unterstütze – die Einbeziehung der Einkommen von Unternehmern in inhabergeführten Personengesellschaften.

Zitat: „Wir teilen die Kritik an der Höhe von Managergehältern. Im Kern greift sie jedoch zu kurz. In die Diskussion einzubeziehen sind auch die Einkommen von Unternehmen

in inhabergeführten Personengesellschaften und Einzelunternehmen ...“ Und weiter heißt es: „Auch sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass mancher Freiberufler, Sportler und Künstler Einkommen in astronomischer Höhe verdient.“

Hallo aufwachen, die meisten inhabergeführten Personengesellschaften sind Klein- und Kleinstunternehmen (HandwerkerInnen, Lebensmittelläden, Bäckereien, Fahrschulen, sonstige DienstleisterInnen etc.) mit 1-5 Beschäftigten. Denen sollen die Gehälter gedeckelt und verboten werden, Geld zu verdienen? Wie weit soll der Eingriff in die individuelle Selbstverantwortung eigentlich unter dem Deckmantel der „sozialen Gerechtigkeit“ gehen? Das kann doch nicht Ernst gemeint sein, oder doch!?

Viertens: Als letztes Beispiel möchte ich das Verfahren zur Neubesetzung der sachkundigen EinwohnerInnen ansprechen. Hier hat die Ratsfraktion die Parteimitglieder bei der Festlegung der sachkundigen EinwohnerInnen einfach über-

gangen. So bin ich im Vorfeld nicht rechtzeitig informiert worden. Ich als Mitglied möchte aber im Vorfeld, das heißt zeitnah, informiert werden, um mir meine Meinung zu bilden. Was für ein krudes Demokratieverständnis pflegen eigentlich die Mitglieder der Ratsfraktion?

Schlussfolgerungen

Diese erlebten Beispiele haben mich zum kritischen Nachdenken über die internen Gepflogenheiten der Partei gebracht. Ich frage mich in der Tat, ob mir diese Partei ein politisches Zuhause geben kann. Ich bin nun einmal lediglich ein Sozialreformer und weder Alt-68iger, noch DKPler, noch Sponti, noch Neider oder romantischer Weltverbesserer!

Vielleicht geht es ja anderen Mitgliedern ähnlich wie mir. Dann sollten wir uns bemerkbar machen, damit diese Partei eine wirkliche Chance bekommt und nicht von dogmatisch-ideologischen Mitgliedern für ihre Zwecke instrumentalisiert wird.

Zwei Kurzerwiderungen auf den Artikel „Zustand der Partei!“

Von Martin Nees

Der Mittwochskreis hat jüngst der Fraktion nach einigen Rücktritten neue sachkundige Einwohner vorgeschlagen. Dieses Verfahren war seit Fraktionsgründung durch die beteiligten Parteien L.PDS, WASG und GgS vereinbart und wurde Bestandteil des Koalitionsvertrages. Der Rat der Stadt hat die Vorgesprochenen dann auf Antrag der Fraktion der LINKEN bestätigt.

Darüber hinaus hatte die vormalige WASG Vorstandsmitglieder in den Mittwochskreis delegiert. Sie sollten den Kontakt zur Partei halten, diese informieren und die Positionen der WASG in die Fraktion einbringen.

Die WASG hatte die ihr zustehenden Posten parteiintern ausgeschrieben und die Bewerber an den Mittwochskreis weitergeleitet, der diese dann bestätigt hat.

Von Alex Recht

Ich habe das Eröffnungsreferat des Workshops „Warum ist öffentlich wichtig“ gehalten. Anschließend wurde intensiv, kontrovers, solidarisch diskutiert. Mit einer „Kaderschulung der SED“ hatte dies nichts zu tun.

Karl Marx wurde in der Tat auch erwähnt – doch ist das schlimm? Wohl kaum. Marx ist einer der genialsten Köpfe des 19. Jahrhunderts gewesen. Dessen theoretischen Erkenntnisse *neben* anderen *auch* zu nutzen, ist sehr bereichernd.

Und so hat der Workshop sich mit mehreren staatsrechtlichen Ansätzen beschäftigt: mit Weber, Paschukanis, Abendroth, Gramsci, Poulantzas, Hirsch – und eben auch mit Marx.

Die LINKE ist plural und hat Platz für MarxistInnen wie auch für Nicht-MarxistInnen. Die Debatte

um die richtige Theorie und Praxis muss solidarisch geführt werden.

Andere mit dem Etikett „dogmatisch“ zu versehen, weil deren Denken und Handeln dem eigenen Ansatz nicht entsprechen, ist nicht hilfreich und führt nicht weiter.

Treffen des Projekts „Mitgliederwerbung“

Vorbereitung der Aktionen am 01. Mai
Do., 10. April 2008, 19:30 Uhr, wahrsch.
LINKES KV-Parteibüro, Metzger Str. 24.

Workshop zu Aktionsformen mit einem professionellen Trainer
Sa., 12. April 2008, 11:00 - 16:00 Uhr,
Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3.

Neumitgliederseminar
Sa., 26. April 2008, 11:00 - 16:00 Uhr,
LINKES KV-Parteibüro, Metzger Str. 24.

Vereinigte Industrieverbände von Düren e.V. entziehen sich sozialer Verantwortung

Von Jörg Gauder

Vor geraumer Zeit kam mir aus beruflichen Gründen (ich bin Projektmanager für Beschäftigungsförderung der Kreisverwaltung Düren) ein Artikel mit dem Titel „Arm trotz Vollzeitarbeit?“ (Nr. 01/2008) im Infoblatt der Vereinigten Industrieverbände von Düren e.V. in die Hände. Der Titel des Artikels schien mir auf den ersten Blick relativ unverfänglich, auf den zweiten Blick aber nicht mehr! Der Zündstoff meiner Erregung war folgender Satz:

„(E)ine gleiche Vollzeittätigkeit bei gleichem Lohn sichert einem Jungesellen die Existenz, einem Familienvater aber nicht; deshalb ist er auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen.“

Was hier erst einmal sozial und verantwortungsvoll klingt, bedeutet im Kern, dass dem Unternehmensverband Düren e.V. die Lohnkosten zu hoch sind und er eine Auswei-

tung des Niedriglohnsektors fordert. Hierzu möchte ich kurz meine Meinung äußern:

Jobs im Niedriglohn-Sektor sind vor allem ortsgebundene Dienstleistungen, die nicht ins Ausland verlagert werden können. Im EU-Vergleich sind die Lohnstückkosten in Deutschland in den letzten zehn Jahren gesunken. Vor allem bei Dienstleistungen sind die Lohnkosten auffällig niedrig.

Dass wirksame Mindestlöhne bis zu einer gewissen Höhe keine negativen Beschäftigungseffekte hervorrufen, ist unter Ökonomen inzwischen die deutliche Mehrheitsmeinung – außer in Deutschland.

Die Armutslöhne, die ein gesetzlicher Mindestlohn verhindern will, sind vielmehr das Ergebnis eines Überangebots an Arbeitskraft, das sich daraus ergebenden Lohndumpings und des unsinnigen Wettbewerbs um die niedrigsten Preise.

Gerade in ostdeutschen Regionen werden mittlerweile Tarifstun-



denlöhne von vier Euro und weniger gezahlt, ohne dass dort die Arbeitslosenquote zurückgegangen ist. Ein weiteres Absenken der Löhne hat allein die Schwächung der Kaufkraft und damit eine weiter abnehmende Binnennachfrage zur Folge. Das würde die Konjunktur abbremmen und somit einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit verhindern. Das derzeitige robuste Wirtschaftswachstum muss mittels erhöhter Lohnzahlungen auch bei den Beschäftigten ankommen.

Noch eine Anmerkung: Ein Mindestlohn von 7,50 Euro liegt unter dem Niveau der Mindestlöhne in vergleichbaren EU-Ländern, wo keine Jobs verloren gegangen sind.

Der gesetzliche Mindestlohn verhindert Lohnarmut, schafft mehr Nachfrage, Zuversicht und damit auch neue Jobs. Es geht also nicht um eine weitere Absenkung der Löhne und Gehälter, sondern um Lohn- und Gehaltserhöhungen, damit eine Familie mit Kindern keine stattlichen Leistungen in Anspruch nehmen muss, um über die Runden zu kommen. Dies bedeutet, dass Arbeitgeber die Wahrnehmung sozialer Verantwortung wieder als Standortvorteil begreifen. Diese Einsicht wünsche ich auch den Vereinigten Industrieverbänden von Düren!

Weitere Termine

LISA-VA zum kurdischen Neujahrsfest

Do., 03.04.08, 18:00 Uhr,
Parteibüro, Metzger Str. 24.

Stadtbegehung des OV Porz in Fi'berg

Do., 03.04.08, 16:30 Uhr,
Finkenberg-Büro, K.-Adenauer-Str. 45

MV des OV Porz

Do., 03.04.08, 19:30 Uhr,
BZ Finkenberg, Stresemannstr. 6a

AK „Stadtentwicklung“

Di., 08.04.08, 16:30 Uhr,
Ratsfraktionssaal, Gülichplatz 3.

MV des OV Nord

Di., 08.04.08, 19:00 Uhr,
BZ Altenberger Hof, Mauenh. Str. 92.

MV des OV Lindenthal

Di., 08.04.08, 19:30 Uhr,
ASB Köln e.V. Sülzburgstraße 146.

AK „Jugend und Schule“

Do., 10.04.08, 18:00 Uhr,
Ratsfraktionssaal, Gülichplatz 3.

MV des OV Innenstadt/Rodenkirchen

Mo., 14.04.08, 19:30 Uhr,
DIDF-Büro, Mechtildisstr. 7.

LISA-Treffen

Mo., 14.04.08, 18:30 Uhr,
Parteibüro, Metzger Str. 24.

RLC Köln: „Ende des Kapitalismus III“

Di., 15.04.08, 19:30 Uhr,
Friedensbild.werk, Am Rinckenpfehl 31.

Frauenfrühstück von LISA Köln

Sa., 26.04.08, 12:00 – 15:00 Uhr,
Parteibüro, Metzger Str. 24.

AK „Kunst, Kultur, Medien“

Di., 29.04.08, 19:00 Uhr,
Alte F'wache, Branddir., Melchiorstr. 3.

AK „Stadtentwicklung“

Di., 06.05.08, 16:30 Uhr,
Ratsfraktionssaal, Gülichplatz 3.

MV des OV Nord

Di., 13.05.08, 19:00 Uhr,
Rath. Chorweiler, Saal 1, Pariser Pl. 1.